

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort

TOP 38 – grenzüberschreitende Kommission

Dazu sagt der verkehrspolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Andreas Tietze:

Kein Autobahnbau an der Westküste durch die Hintertür

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 596.09 / 18.12.2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

um gleich mal mit der Tür ins Haus zu fallen, dieser Antrag des SSW überzeugt uns nicht, noch nicht. Internationale Verkehrsplanung ist vordringliche Aufgabe der Nationalstaaten. Nun möchte der SSW mit diesem Antrag Außenpolitik machen und ein großes Rad drehen. Er fordert von der Landesregierung im Einklang mit der Wirtschaft und dänischen Kommunen eine Initiative für eine deutsch-dänische Kommission zu zukünftigen Planungen für den Infrastrukturausbau im deutsch-dänischen Grenzraum. Ich interpretiere das so: bei Smörebröd und Aquavit schnacken wir mal aus, was wir uns im Norden so wünschen, hyggelig (hügeli).

Lieber SSW, warum drum rum reden, der Wirtschaft, in Vertretung der IHK geht es doch primär um den Ausbau der B5 zur Autobahn, in Nordfriesland haben wir bereits einen Autobahnbauförderverein. Nun haben wir im Landtag schon zwei Straßenbauparteien in der Regierung, die das Geräusch von Betonmischern so lieben. Der Bedarf ist gedeckt meiner Meinung nach oder wollt ihr da mitmachen?

Ihr werdet sicherlich verstehen, dass wir eine reine Autobahnbaukommission nicht so toll finden. Oder verstehen wir das alles nur falsch und es geht Euch um den Vorrang Schiene vor Straße? Da sind wir natürlich Feuer und Flamme. Im Moment sehen wir nur die Verpackung und nicht den Inhalt und das macht uns Kopfzerbrechen.

Aber noch mal, warum diese Kommission? Für die Anmeldungen von Schleswig-Holstein zum neuen BVWP wird sicherlich von der Landesregierung ein Vorschlag er-

arbeitet, der dann auch im Landtag und in den Ausschüssen diskutiert wird. Ein routinemäßiger Vorgang. Die einzelnen Interessenslagen, Wünsche für Schienen, Straße und Wasserwege aus den Regionen kommen auf den Tisch, werden diskutiert und bewertet, sicherlich auch mit Blick auf die Vorhaben der dänischen Nachbarn.

Wir vermuten, dass die dänischen Kommunen einen extrem hohen Handlungsdruck haben, vielleicht fürchten sie im Zuge der Fehmarnbeltquerung von den „Fleischtöpfen“ der Infrastrukturförderung abgehängt zu werden, so dass der SSW sich der Sache annimmt – die Befürchtung teile ich sogar als Nordfriese.

Wir Grünen wollen aber auf keinen Fall, dass mit einer solchen Kommission durch die politische Hintertür eine reine Autobahnplanungskommission eingerichtet wird. Unsere dänischen Nachbarn nördlich der Grenze an der Westküste betonen in fast allen Zusammenkünften, dass sie so etwas wie Gewissheit brauchen, dass auf Deutscher Seite die B 5 zur Autobahn ausgebaut wird. Aber ich sage klipp und klar, der Ausbau der B 5 zu einer Autobahn bis Esbjerg kommt für uns nicht in Frage und es wäre strategisch falsch sie jetzt zu fordern.

Im Bereich B 5 sind im Bundesverkehrswegeplan 2003 bis 2015 im vordringlichen Bedarf 3 Ortsumgehungen vorgesehen: Ortsumgehung Bredstedt, 2-streifiger Neubau, Länge 4 km, Kosten 10,5 Mio. Euro, Ortsumgehung Breklum-Struckum, 2-streifiger Neubau, Länge 4,8 km, Kosten 19,8 Mio. Euro und die Ortsumgehung Hattstedt, 2-streifiger Neubau, Länge 3,5 km, Kosten 14,5 Mio. Euro – Investitionen in Höhe von 48,8 Mio. Euro.

Alles Maßnahmen, die bis jetzt noch nicht umgesetzt worden sind. Wir Grünen haben diese Maßnahmen immer mitgetragen. Fakt ist, dass die Verkehrszählungen auf der B 5 nicht mehr hergeben und wer eine Westküstenautobahn bis zur dänischen Grenze fordert, der gefährdet die bisherigen Maßnahmen zum Ausbau der B5. Die Forderung nach einer Autobahn würde alle Ausbaupläne sofort stoppen und diametral den Interessen der Menschen an der Westküste widersprechen.

Warum fordert der SSW, dass der Kommission nur VertreterInnen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung angehören sollen, warum nicht auch VertreterInnen von Umweltverbänden? Wer bestimmt denn, welche Personen in der Kommission mitarbeiten können? Welche Kompetenz wird der Kommission zugestanden? Es kann doch nur um unverbindliche Vorschläge gehen, und wer ist der Empfänger?

Meine Fraktion ist der Auffassung, wenn es eine länderübergreifende Kommission geben soll, dann muss es doch um mehr als nur um Infrastrukturprojekte gehen, wie z.B. den Wirtschaftsraum als Ganzes, die Logistikwirtschaft und den Klimaschutz – das macht doch mehr Sinn – erst der Inhalt, dann die Struktur! Da ist noch eine Menge Denkarbeit nötig, daher ist eine Ausschussüberweisung in der jetzigen Situation das einzig vernünftige.
